

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag.a Christiane Brunner, Freundinnen und Freunde

betreffend Ja zu mehr Bahn und Bus fürs Südburgenland - Nein zur Schnellstraße S 7

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht 548 d.B des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (511 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehrsgesetz 1999 geändert wird

Die in der Oststeiermark und im Südburgenland geplante „Fürstenfelder Schnellstraße“ S 7 soll weit über eine halbe Milliarde Euro kosten. Zugleich ist für mehr Grundangebot im Öffentlichen Verkehr in der Öffi-Notstandsregion Südburgenland, für wirksame Investitionen in die Schieneninfrastruktur oder für günstigere Öffi-Tarife angeblich kein Geld da.

Der Baubeginn der S 7 ist für 2015 vorgesehen, obwohl keine haltbare Genehmigung für dieses Transitstraßenprojekt vorliegt und obwohl der Protest der Bürgerinnen und Bürger in der Region, der bereits in klar ablehnend ausgegangenen Bürgerbefragungen in nahezu allen betroffenen Gemeinden und jahrelangem intensivem Widerstand von Bürgerinitiativen zum Ausdruck kam, ungebrochen anhält.

Das seit über zehn Jahren in Vorbereitung stehende Projekt ist von zahlreichen Umwelt- und Verfahrensskandalen begleitet, es tauchen in der S7-Planungsgeschichte befangene Behördenvertreterinnen und Sachverständige ebenso auf wie ein in Sachen Korruption weit über Österreich hinaus akten- und gerichtskundiger Klein-Adeliger aus der Region.

Auch im zweiten Anlauf ist es dem BMVIT im Februar 2015 wieder nicht gelungen, einen brauchbaren UVP-Bescheid zu fabrizieren; wegen zahlloser inhaltlicher und Verfahrensmängel sind gegen diesen Bescheid wieder Beschwerden an das Bundesverwaltungsgericht anhängig. Um einen umweltzerstörenden „Schwarzbau“, dem im Nachhinein die Genehmigung versagt wird, zu verhindern und die Vergeudung von Autofahrer- und Steuerzahlergeld zu vermeiden muss die Arbeit an der S 7 gestoppt werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert,

- die unnötige und in der Dimension nicht angemessene Schnellstraße S 7 nicht weiterzuverfolgen,
- dem Nationalrat einen Vorschlag für ihre Streichung aus dem Bundesstraßengesetz zuzuleiten
- und stattdessen in mehr Grundangebot im Öffentlichen Verkehr insbesondere im Südburgenland zu investieren.

